

ASYLRECHT IN DER EU

Negatives Verhalten wird bestraft



Im "Ministère de la Famille": Warten auf die "materielle" Unterstützung. (Foto: Christian Mosar)

Wie sollen Flüchtlinge in der EU aufgenommen werden? Die Kommission schlägt eine Direktive für gemeinsame Aufnahmebedingungen vor, die vieles offen lässt.

(dw) - Gleiches Asylrecht für alle - europaweit! In diesem Punkt sind sich Flüchtlingsorganisation und Regierungen einig. Auch wenn sich beide Seiten nicht unbedingt dasselbe davon versprechen. "Blockierer" wie etwa der deutsche Innenminister Otto Schily erhoffen sich, dass ein neues Einheitsrecht ihnen weniger Flüchtlinge im eigenen Land beschert. NGO wünschen sich eine Garantie für minimale Grundrechte für Asylsuchende.

Seit vergangener Woche liegt ein Vorschlag der europäischen Kommission für eine Richtlinie "relative à des normes minimales pour l'accueil des demandeurs d'asile dans les Etats membres" vor, in dem sich auch Individualisten wie Schily wiederfinden können. Und zumindest teilweise Flüchtlingsorganisationen. "Wir haben unsere Positionen in den verschiedenen Verhandlungsstufen mit eingebracht", sagt Dorothee Starck vom "European Council on Refugees and Exiles" (ECRE). Tat-

sächlich enthält die neue Richtlinie Vorschriften, die die Situation der Asylsuchenden in manchen Ländern entscheidend verbessern könnte. In Portugal, Italien oder Frankreich etwa werden Flüchtlinge derzeit gar nicht oder nur für begrenzte Zeit finanziell unterstützt. Alle Mitgliedstaaten, so heißt es jetzt im Text der Kommission, müssen Asylsuchenden "un niveau de vie digne" garantieren. Wie hoch die materielle Unterstützung für Flüchtlinge sein muss, will die Kommission den EU-Staaten nicht vorschreiben. Es müsse gewährleistet sein, dass die Asylsuchenden und ihre Angehörigen "nicht in die Armut absinken". Minderjährige sollen sofort die Landessprache lernen können und denselben Zugang zum Bildungswesen haben wie einheimische Kinder und Jugendliche. Die Kommission will zudem einer langjährigen Forderung der NGO nachkommen: Alle Flüchtlinge hätten künftig das Recht auf eine medizinische Grundversorgung. Auch das ist in vielen EU-Ländern derzeit nicht der Fall.

Arbeitserlaubnis nach sechs Monaten?

Auch für Luxemburg hätte die Richtlinie einschneidende Folgen. Das Recht auf Arbeit für Asylsuchende soll nämlich prinzipiell darin verankert werden: "Les Etats membres n'interdisent pas aux demandeurs d'asile et aux membres de leur famille qui les accompagnent l'accès au marché du travail pendant plus de six mois après la présentation de leur demande", heißt es im Kommissions-Text.

Eine Formulierung, die wie viele andere bewusst vage gehalten ist: Ein direktes Recht auf Arbeit wollte man den Flüchtlingen offensichtlich nicht zugestehen. Auch in anderen Punkten wird dafür gesorgt, dass der nationale Spielraum groß genug und damit der Gewinn für Flüchtlinge möglicherweise klein bleibt: Ob Asylsuchende in Hotels, speziellen Heimen oder in privaten Wohnungen untergebracht werden, soll nicht gesetzlich festgelegt werden. Auch, in welcher Form die materielle Unterstützung erfolgt: Essenspakete, Gutscheine oder Bargeld – die Länder sollen die Form selbst wählen, "qui conviennent le mieux à leur situation nationale". Gerade die Ausgabe von Naturalien oder aber die Unterbringung in großen Flüchtlingsheimen war von NGO oft als menschenunwürdig kritisiert worden.

Ein weiterer Streitpunkt: die "libre circulation". Laut Kommission "une des questions sur lesquelles il était le plus difficile

de parvenir à un accord". Herauskam ein wenig aussagekräftiger Kompromiss: Prinzipiell wird Asylsuchenden im Gastgeberland zwar die individuelle Bewegungsfreiheit gewährt. Praktisch kann diese Freizügigkeit jedoch in einigen Fällen sehr stark eingeschränkt werden. Ist etwa eine genauere Prüfung "der Identität oder sonstiger Fakten" notwendig, dürfen AsylbewerberInnen in Gewahrsam genommen werden. Mit anderen Worten: Abschiebeknäste an Flughäfen sind auch weiterhin europaweit erlaubt. Die zugestandene Reisefreiheit kann zudem auf ein Teilgebiet beschränkt werden, "wenn das Verfahren dies erfordert oder dadurch beschleunigt werden kann".

Ein Teilerfolg für Otto Schily, der sich in dieser Frage stets besonders echauffiert hat. Deutschland ist das einzige Land in der EU, in dem Asylsuchende den Landkreis, in dem sie ihren Antrag gestellt haben, nicht verlassen dürfen. Diese Maßnahme "kriminalisiere Flüchtlinge", so Dorothee Starck. Folgeschwer könnte auch das Kapitel "Limitation ou retrait du bénéfice des conditions d'accueil" der Direktive sein. Asylsuchenden, die durch "comportement négatif" auffallen, kann die Unterstützung gestrichen werden. Zum Beispiel, wenn sie ohne Grund verschwinden, nicht zu Gesprächsterminen erscheinen, Informationen verweigern oder "en cas de comportement inadapte dans les locaux où ils sont logés". "Es ist seltsam, die Grundversorgung eines Flüchtlings an Verfahrensregeln zu binden", kritisiert die ECRE-Sprecherin. Doch damit nicht genug: Noch ein weiterer Weg steht den Mitgliedstaaten offen, um die materielle Unterstützung einzustellen. Drei Monate nachdem ein Asylsuchender Zugang zum Arbeitsmarkt hatte, darf die Hilfe eingeschränkt oder gestrichen werden. Ob der Betroffene nun Arbeit gefunden hat oder nicht.

Das Kommissionspapier wird in den nächsten Wochen in den Ministerrunden für Diskussionsstoff sorgen. Auch die Flüchtlingsorganisationen, denen der endgültige Text erst seit einigen Tagen vorliegt, wollen sich eingehend damit befassen. Erst dann könne man den Vorschlag genauer kommentieren, betont Dorothee Starck. Auf den ersten Blick habe das Einwirken der NGO womöglich Schlimmeres verhindern können. Die Kommission wollte beispielsweise die Aufnahmebedingungen nur für Flüchtlinge gelten lassen, die sich keiner Zulässigkeitsprüfung unterziehen müssen. Das hieße, dass alle diejenigen, bei denen unklar ist, welches Land für ihren Antrag auf Asyl zuständig ist, vorerst nicht unterstützt werden. Diese Einschränkung ist aus dem Richtlinienvorschlag verschwunden. Immerhin hier war die mühsame Lobbyarbeit der NGO erfolgreich.

Daniële Weber

Was kommt künftig in den Trog?

"Liebe Kommission stellt Euch darauf ein, dass wir bei unserer Haltung bleiben", erklärte der Vorsitzende des Agrarausschusses, Friedrich Graefe zu Baringdorf, vergangene Woche im Europaparlament. Konkret ging es um eine EU-Direktive über die Vermarktung von Mischfuttermitteln. Zur Wiederherstellung des Vertrauens der Verbraucher sei eine vollständige Transparenz der Fleischherzeugung anzustreben. Der Bericht des grünen Abgeordneten, dem das Parlament mit großer Mehrheit zustimmte, fordert die genaue Angabe aller Zutaten auf dem Futtermittel etikett.

Die Kommission will jedoch TierhalterInnen lediglich das Recht geben, Details über Futtermittel bei den Firmen nachzufragen. Auch die jetzt vom Parlament geforderte Positivliste zulässiger Grunderzeugnisse für Futtermittel lehnt die Kommission ab. Statt dessen drohte sie dem Parlament mit "einem langwierigen Einigungsvorgang", der nun allen bevorstünde. Tatsächlich wird es ein neues Futtermittelgesetz erst dann geben, wenn sich Parlament, Kommission und Rat geeinigt haben. Im Anschluss an die Debatte äußerten die Abgeordneten sich in einem weiteren Punkt konträr zur Kommission: Sie verabschiedeten eine Resolution, die sich deutlich für Ringimpfungen zur Bekämpfung der Maul- und Klauen-seuche ausspricht.

Auf dass die Beste gewinne

Mit "Frauenpower" übertitelte das Luxemburger Wort vor zwei Wochen einen Leitartikel zur neuen CSV-Quotenregelung. Die Gründe für den Mangel an Frauen in der Politik wurden aufgeführt. Die Quote - ein Drittel bei den Parteiämtern und den KandidatInnenlisten zu den Nationalwahlen - sei eine Chance für Frauen, die sich politisch engagieren möchten.

Kritik gab es dagegen von in der LSAP engagierten Frauen. Der Grund lag nicht in der Sache selbst, sondern in der Behauptung des CSV-Generalsekretärs Jean-Louis Schiltz, die CSV sei die erste der drei großen Parteien, die die Gleichstellung von Frau und Mann in der politischen Praxis umsetzen werde. Dabei, so die Präsidentin der JSL Claudia Dall'Agnol in einem Leserbrief, habe die LSAP bereits 1998 eine diesbezügliche Resolution verabschiedet.

Doch die Teufelin steckt im Detail: Die LSAP-Resolution ist nicht mehr als ein guter Vorsatz, und bei den Wahlen von 1999 wurde die Quote prompt unterschritten. Die CSV dagegen hat die Quote in ihre Statuten aufgenommen und kann sich nun Vorschusslorbeeren erteilen. Ob sie es wirklich besser macht als die LSAP, wird sich 2004 zeigen.

Ghostbusters in Cattenom

"... au cours de l'arrêt pour maintenance (...) des défauts d'étanchéité ont été constatés (...) 38 des 193 assemblages combustibles sont concernés...", hieß es in einer Mitteilung der "Autorité de sûreté nucléaire" (ADF) vom 19. März. Und weiter: "L'Autorité de sûreté nucléaire examinera les résultats des expertises réalisées avant tout redémarrage du réacteur."

Wie die Fachzeitschrift "Nuclear Fuel" berichtete, stehen die französischen Reaktorexperten vor einem Rätsel. Bernard Esteve von Framatome äußerte, er habe ein solches Phänomen noch nie gesehen. Normalerweise finden sich nur fünf bis zehn beschädigte Brennstäbe im Jahr. Selbst ein im Reaktor freischwimmendes Objekt könne nicht solche Beschädigungen hervorrufen, so Jerome Goellner, ein anderer Experte. Die Suche nach der Ursache geht weiter.

Gegenüber der WOXX kritisierte Roger Spautz von Greenpeace Luxemburg die Informationspolitik von EDF: "Die Meldungen über Zwischenfälle sind lapidar, und Details, die sich später herausstellen, werden nicht mitgeteilt." Er erinnerte auch daran, dass die mangelhafte Sicherheitskultur in der Anlage in Cattenom bereits mehrfach von der ASN angemahnt worden war.

